



# IV-STANDPUNKT

Das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Mercosur

(Stand: März 2023)





ARGENTINIEN



BRASILIEN



URUGUAY



#### DAS EU-MERCOSUR-ABKOMMEN AUF EINEN BLICK



Die EU und die Mercosur-Staaten haben am **28. Juni 2019 eine grundsätzliche Einigung** für ein Assoziierungsabkommen erzielt. (Dieses besteht aus einer Freihandelsvereinbarung und politischer Kooperation.) Als Volkswirtschaft berechnet wären die Mercosur- Staaten zusammengerechnet die zwölftgrößte der Welt. (**Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay haben zusammen 266 Mio. Einwohner.**)

Klima-und Umweltschutz stärken: Beide Vertragsparteien verpflichten sich im Abkommen explizit dazu, Arbeitnehmer- und Umweltschutzstandards vollständig zu erhalten. Zudem müssen sie das Pariser Klimaabkommen effektiv umsetzen, das unter anderem Brasilien verpflichtet, verstärkt gegen illegale Rodungen im Regenwald vorzugehen.





Die EU ist der **erste Handelspartner**, der mit den Mercosur-Staaten ein Wirtschaftsabkommen abschließt. Das bringt europäischen Exporteuren einen **wichtigen Wettbewerbsvorteil**. Das Abkommen könnte zu einer Steigerung europäischer Exporte in den Mercosur-Raum um bis zu 68% im Laufe von 12 Jahren führen.<sup>1</sup> Der **bisherige EU-Handel mit der Mercosur-Region** sichert in **Österreich 32.000 Arbeitsplätze. 1.400 heimische und 60.500 EU-Unternehmen** sind dort aktiv.

Chancen des Welthandels nutzen – Exporte erhöhen – fairen Handel durchsetzen: Zudem soll vermehrt die gegenseitige Anerkennung technischer Standards ermöglicht werden.





Das Abkommen zielt auf eine umfassende Liberalisierung des bilateralen Handels (Abbau von Zöllen und anderer Handelshemmnisse). Es ist damit ein wesentlicher Baustein für den weltweiten Marktzugang heimischer und europäischer Unternehmen: Es öffnet Märkte und kann Arbeitsplätze schaffen. Zudem wird eine verstärkte politische Kooperation angestrebt, etwa in Menschenrechts-, Bildungs-, Migrations- und Umweltschutzfragen.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Sustainability Impact Assessment in Support of the Association Agreement Negotiations between the European Union and Mercosur, London School of Economics and Political Science 2020



#### **ZIEL DES EU-MERCOSUR-ABKOMMENS**

Das Abkommen zwischen der EU und Mercosur soll Handel mit Waren und Dienstleistungen zwischen beiden Regionen stärken – durch den Abbau von Zöllen und anderen Handelshemmnissen (z.B. Öffnung öffentlicher Beschaffungsmärkte, vereinfachte Anerkennung technischer Standards). Damit könnte Europas Wirtschaftswachstum an Dynamik gewinnen, wodurch dringend benötigte Arbeitsplätze geschaffen und Wohlstand gesichert werden könnten. Eine Investitionsschutzvereinbarung sieht das Abkommen nicht vor.

Das Abkommen ist nicht nur wegen seiner unmittelbaren wirtschaftlichen Vorteile für die exportorientierte europäische und österreichische Industrie wichtig. Es muss auch als strategische Chance verstanden werden, mit der Europa die weltweite Handelsarchitektur mitgestalten kann. Wirtschaftswachstum, Investitionen und Handel finden zunehmend außerhalb Europas statt. Eine aktive europäische Handelspolitik, die weltweiten Marktzugang schafft sowie faire Wettbewerbs- und Handelsregeln durchsetzt, ist für die heimische Industrie von vitalem Interesse.



Das Abkommen mit Mercosur ist eine strategische Chance, mit der Europa die weltweite Handelsarchitektur mitgestalten kann



# (i)

vollständiger Umsetzung eine Zollersparnis für europäische Exporteure in der Höhe von **4 Mrd. Euro** jährlich bewirken.



#### **WORUM GEHT ES?**

#### Abbau von Zöllen

**91 Prozent** der Zölle für europäische Exporte nach Mercosur werden im Laufe einer Übergangszeit von 15 Jahren aufgehoben. Laut Europäischer Kommission könnte das Abkommen bei vollständiger Umsetzung eine Zollersparnis für europäische Exporteure in der Höhe von **4 Mrd. Euro jährlich** bewirken.

Beim Export nach Mercosur gelten derzeit hohe Zölle auf Industriegüter: Bei Fahrzeugen 35 Prozent, bei Kfz-Teilen 14 bis 18 Prozent und bei Maschinen zwischen 14 und 20 Prozent. Diese Zölle werden im vereinbarten Zeitraum weitgehend abgebaut. Für einige sensible Produkte (u.a. PKW) gelten Übergangsquoten.

# Reduktion anderer Handelshürden

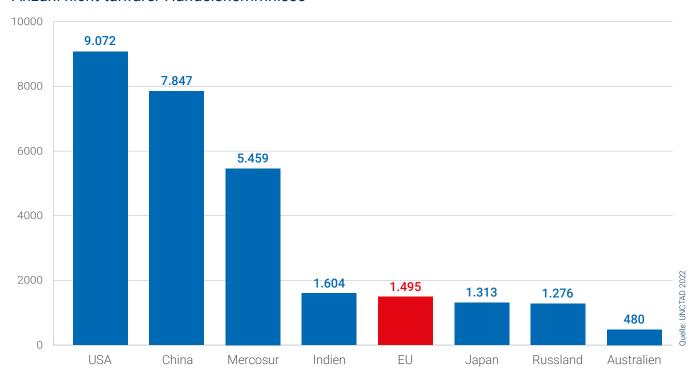
- Unterschiedliche technische Standards erschweren den Handel. So könnte etwa die Vereinfachung bei Produktzertifizierungsverfahren Kosten signifikant senken.
- Der öffentliche Beschaffungsmarkt in den Mercosur-Staaten ist bisher massiv geschützt. (Laut Schätzung der Europäischen Kommission geht es um ein Auftragsvolumen von 300 Mrd. Euro jährlich). Diese südamerikanischen Staaten haben im Gegensatz zur EU u.a. nicht das "Government Procurement Agreement" (GPA) der WTO unterzeichnet. Daher können sie drittstaatliche Unternehmen bei öffentlichen Beschaffungsaufträgen von Waren und Dienstleistungen ohne Einschränkung diskriminieren. Durch dieses Abkommen würde sich der Beschaffungsmarkt der Mercosur-Staaten vor allem auf bundesstaatlicher Ebene für europäische Anbieter öffnen.



- Klar ist: Auch nach Inkrafttreten des Abkommens entscheiden EU-Länder und Mercosur-Staaten eigenständig darüber, welche Produkte auf den jeweiligen Märkten zugelassen werden und welchen Standards diese entsprechen müssen. Dieses Recht der Vertragspartner, etwa Schutzstandards nach eigenem Ermessen festzulegen ("Rightto-Regulate") ist im Abkommen ebenso explizit festgehalten wie das für die EU wichtige sogenannte "Vorsorgeprinzip". Dieses besagt, dass Produkte ohne wissenschaftlichen Beweis, aber bei begründetem Verdacht vom Markt ferngehalten werden können. Europäische und österreichische Standards im Sozial-, Umwelt- und Lebensmittelbereich usw. werden durch das Abkommen nicht berührt und bleiben vollständig erhalten.
- Die Zahl nicht-tarifärer Handelshemmnisse ist gemäß den Vereinten Nationen in den vier Mercosur-Staaten zusammengenommen deutlich höher als in der EU. Vor allem sanitäre und phytosanitäre (pflanzengesundheitliche) Maßnahmen, die Gesundheit, Sicherheit und Umweltschutz fördern sollen und den Agrarsektor betreffen, schränken den Handel ein. Ebenso wie technische Handelshemmnisse (zum Beispiel Konformitätsoder Anerkennungsverfahren aufgrund unterschiedlicher Standards) und mengenmäßige Beschränkungen (Kontingente und Quoten).



## Anzahl nicht-tarifärer Handelshemmnisse





#### PARISER KLIMA-ÜBEREINKOMMEN UND UMWELTSCHUTZ

Beide Vertragsparteien verpflichten sich im Abkommen explizit dazu, Arbeitnehmer- und Umweltschutzstandards nicht zu senken, um Handel oder Investitionen zu intensivieren. Zudem müssen sie das Pariser Klimaabkommen effektiv umsetzen. Letzteres sieht bis 2025 eine Reduktion von Treibhausgasemissionen durch Brasilien von 37 Prozent (im Vergleich zu 2005) und durch die EU bis 2030 von 40 Prozent vor. Zudem verpflichtet es Brasilien verstärkt gegen illegale Rodungen im Regenwald vorzugehen. Außerdem verlangt das Abkommen zusätzliche Verpflichtungen zum nachhaltigen Umgang mit Waldflächen sowie eine bessere Kooperation in Fragen des Tierschutzes und der Biodiversität.

# **WIE GEHT ES WEITER?**

Damit das Abkommen in Kraft treten kann, müsste es in weiterer Folge durch die Mercosur-Staaten, die EU und ihre Mitgliedstaaten unterzeichnet und ratifiziert werden. Für die Ratifikation braucht es auf EU-Ebene die Zustimmung des Europäischen Parlaments sowie des Fachministerrates und in Österreich einen Beschluss des Ministerrates, die Zustimmung des Nationalrates und die Unterschrift des Bundespräsidenten. Das österreichische Parlament hat die österreichische Bundesregierung daran gebunden das Abkommen auf EU-Ebene abzulehnen.

#### BEDEUTUNG FÜR ÖSTERREICH

- Der Mercosur-Block ist zusammengerechnet der elftwichtigste Markt außerhalb der EU und liegt auf Platz 25 als Exportdestination österreichischer Produkte. 2022 erreichten die heimischen Warenexporte nach Mercosur einen Wert von 1,34 Mrd. Euro und die Importe aus der Region betrugen 689,1 Mio. Euro, wobei ein Großteil auf Brasilien entfällt (österreichische Exporte: 1,12 Mrd. Euro; österreichische Importe: 448,7 Mio. Euro).
- Die österreichischen Dienstleistungsexporte nach Mercosur betrugen 2021 93 Mio. Euro, während sich die Dienstleistungsimporte auf 190 Mio. Euro beliefen.
- Österreichische Direktinvestitionen in Brasilien und Argentinien betrugen 2021 zusammengerechnet 1,1 Mrd. Euro und brasilianische und argentinische in Österreich 1,2 Mrd. Euro. Für Paraguay und Uruguay sind hierzu keine Daten erfasst.
- Mehr als 1.400 österreichische Unternehmen unterhalten Geschäftsbeziehungen mit den vier Mercosur-Staaten (mehr als 260 Niederlassungen).
- Bereits jetzt sichern EU-Exporte nach Mercosur 32.000 Arbeitsplätze in Österreich laut Europäischer Kommission.



EU und Mercosur-Staaten verpflichten sich, das **Pariser Klimaabkommen** effektiv





etwa **1.400 österreichische Unternehmen** aktiv, wovon
232 mit einer Niederlassung
oder Produktion vertreten
sind.





## BEDEUTUNG FÜR DIE EUROPÄISCHE UNION

- Gemeinsam stehen die EU (ohne intra-EU Handel) und Mercosur für 14,5 Prozent des Welthandels an Waren und Dienstleistungen. Sie erbringen 23,7 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung (zu laufenden Wechselkursen).
- 2021 erreichten die europäischen Warenexporte in den Mercosur-Raum einen Wert von 44,6 Mrd. Euro und die Importe aus Mercosur 43,5 Mrd. Euro.
- Die EU ist mit einem Anteil am Gesamthandel von 16,2 Prozent nach China der zweitbedeutendste Warenhandelspartner für Mercosur.
- Die Mercosur-Dienstleistungsexporte in die EU betrugen 2020
   7,7 Mrd. Euro. Die EU wiederum exportierte Dienstleistungen im Wert von 17,2 Mrd. Euro in die Region.
- Die europäischen Direktinvestitionen in Mercosur beliefen sich 2020 auf 330 Mrd. Euro. Die EU ist der bedeutendste Investor in Mercosur.
- Laut Berechnungen der Europäischen Kommission (2019) werden allein durch Exporte nach Brasilien 855.000 Arbeitsplätze in der EU gesichert. 60.500 europäische Unternehmen unterhalten Geschäftsbeziehungen mit der Region.
- Berechnungen im Auftrag der Europäischen Kommission gehen von einer Steigerung von EU-Exporten nach Mercosur um bis zu 68% aus. Exporte von Industriegütern würden sich dabei fast verdoppeln (bis zu 94%).

# (i)

Die hohen österreichischen und europäischen Standards im Umwelt-, Sozial- und Lebensmittelbereich bleiben unberührt und vollständig erhalten.



#### **IV-POSITION**

- Die Industriellenvereinigung (IV) befürwortet das Assoziierungsabkommen EU-Mercosur. Durch die weitere wechselseitige Marktöffnung

   mit dem Abbau von tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnissen
   sind Exportsteigerungen sowie positive Wachstums- und Beschäftigungseffekte in Europa und den Mercosur-Staaten zu erwarten.
  - Zudem haben Pandemie und der Krieg in der Ukraine für die Exportwirtschaft neue massive Herausforderungen geschaffen. Instabile Lieferketten, sichere Energie- und Rohstoffversorgung und nicht zuletzt die Frage, wie sich Märkte in einer Welt zunehmender Konflikte und neuer Allianzen entwickeln, stehen dabei im Vordergrund. Es ist daher umso bedeutender, sich mit den dynamischen Märkten stärker zu verbinden, die Handelsarchitektur der Welt mitgestalten und damit einen fairen Marktzugang sowie faire Regeln bzw. Wettbewerbsbedingungen für alle Marktteilnehmer zu schaffen.
  - Dafür ist der Abschluss entsprechender Abkommen mit großen Wirtschaftsräumen wesentlich. Zudem wäre die EU der erste



Durch die weitere wechselseitige Marktöffnung sind Exportsteigerungen sowie positive Wachstums- und Beschäftigungseffekte in Europa und den Mercosur-Staaten zu erwarten.





Handelspartner, der mit der wirtschaftlich bedeutenden Mercosur-Region ein derartiges Abkommen abschließt.

- Die geplante Öffnung der öffentlichen Beschaffungsmärkte der Mercosur-Staaten ist positiv zu bewerten. Gleiches gilt für das Vorhaben, technische Verfahren (z.B. Produktzertifizierungen) zu vereinfachen und die gegenseitige Anerkennung technischer Standards zu erleichtern.
- Gleichzeitig bleiben die hohen österreichischen und europäischen Standards im Umwelt-, Sozial- und Lebensmittelbereich unberührt und vollständig erhalten. Zudem entscheidet der mündige Konsument selbst, welche Produkte er kaufen möchte. Darüber hinaus sind es schlussendlich die großen Handelsketten, die darüber befinden, welche Produkte in den heimischen Markt gelangen.
- Bei der nachhaltigen Energiewende werden die Mercosur-Staaten zudem eine wichtige Rolle spielen, denn die Region ist reich an Rohstoffen und seltenen Erden, welche für die grüne Transformation etwa in der Batterieproduktion benötigt werden.
- Auch ist etwa Brasilien Österreich und der EU beim Anteil erneuerbarer Energien weit voraus: Während in Österreich der Anteil an erneuerbaren Energien am Gesamt-Bruttoendenergieverbrauch 36,4 % (EU: 21,8 %) und am Gesamt-Bruttostromverbrauch 76,2 % (EU: 37,5 %) beträgt, kommt Brasilien auf teils wesentlich höhere Werte 46,2 % bzw. 77,4 % substanziell höher als der EU-Schnitt. Vor diesem Hintergrund ist das Potenzial zur Produktion von grünem Wasserstoff groß, welches für Europa einen wichtigen Stellenwert auf dem Pfad der Dekarbonisierung hat.
- Der positive Beitrag des Abkommens zur Steigerung des Handels mit Umweltgütern sowie zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit u.a. bei der Entwicklung umweltfreundlicher Technologien wird von Studien prognostiziert.
- Die IV begrüßt die im EU-Mercosur Abkommen explizit verankerte Verpflichtung zur Umsetzung des Klima-Übereinkommens von Paris. Hier zeigt sich deutlich, dass eine starke internationale Kooperation bei Fragen des Umwelt- und Klimaschutzes in vielerlei Hinsicht entscheidend ist, auch um Wettbewerbsnachteile für die europäische Industrie zu vermeiden und Arbeitsplätze in Europa zu sichern.

# ÜBERBLICK: HANDELSABKOMMEN ZWISCHEN DER EU UND ANDEREN LÄNDERN

Moderne und faire Handelsverträge stärken Exporte und sichern Arbeitsplätze in Europa – und damit auch in Österreich. Die EU hat bisher bereits **46 Wirtschaftsabkommen mit 78 Staaten abgeschlossen**, welche auch Effekte zeigen:





- Abkommen zwischen EU und Korea ist seit 2011 in Kraft Seitdem hat der bilaterale Handel bis 2021 um 71% zugenommen.
  - Österreichische Exporte nach Korea sind bis 2022 um 147,3% gestiegen (ö. Exporte weltweit sind im gleichen Zeitraum um 77,5% gestiegen).
- Abkommen zwischen der EU und Kanada (CETA): EU-Exporte nach Kanada sind seit Beginn der Anwendung (2017) bis 2021um 26% gestiegen. Das hat laut Europäischer Kommission zu einer Schaffung von 70.000 Arbeitsplätzen in der EU geführt.
  - Österreichische Exporte nach Kanada sind durch CETA seit 2017 und bis 2022 um 75,3% gestiegen. (ö. Exporte weltweit sind im gleichen Zeitraum um 48% gestiegen)
- Seit Österreichs EU-Beitritt haben sich die heimischen Exporte mehr als vervierfacht: von 42,2 Mrd. Euro (1995) auf 194,1 Mrd. Euro (2022) – jene der Landwirtschaft (inkl. verarbeitete Lebensmittel) haben sich dabei verneunfacht.



# DIE BEDEUTUNG VON INTERNATIONALEM HANDEL FÜR DIE LEBENSQUALITÄT DER MENSCHEN

- Fairer internationaler Handel bekämpft Armut: Laut den Vereinten Nationen hat die durch die Globalisierung eingetretene Intensivierung der weltweiten Handelsströme zu einer massiven Senkung der weltweiten Armut geführt. Schätzungen der Weltbank zeigen, dass der Anteil der Menschen, die in extremer Armut leben (weniger als 1,90 USD pro Tag), weltweit zwischen 1990 und 2018 von 36,2 auf 8,6 Prozent gesunken ist.
- Mehr Gerechtigkeit: Internationaler Handel hilft, den Wohlstand auf der Welt gerechter zu verteilen. Dies ermöglicht gleichwertige Partnerschaften von etablierten Wirtschaftsregionen bzw. Staaten und aufstrebenden Wirtschaftsregionen miteinander.
- Politische Stabilität: Staaten, die miteinander eine hohe wirtschaftliche Verflechtung aufweisen, haben auch politisch stabile Beziehungen, die Garant für sozialen Frieden sind.
- Weltweite Herausforderungen (v.a. Klimaschutz) lösen: Abgesehen von den Wirtschaftsbeziehungen ist die Zusammenarbeit bei globalen Themen jedenfalls notwendig, bei Fragen der Sicherheitspolitik, Menschenrechte oder des Klima- und Umweltschutzes.
- Vorteil für Konsumenten: Internationaler Handel führt zu einer höheren Auswahl sowie niedrigeren Preisen für Konsumenten. Damit wird auch die Kaufkraft der Menschen gestärkt. Internationaler Handel hat somit inflationsdämpfende Effekte.

## IMPRESSUM

Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung) Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien

zvr.: 806801248, livr-n.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06 Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen, ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationale Fhene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen

Für den Inhalt verantwortlich: Industriellenvereinigung Fotocredits: gettyimages

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Sustainability Impact Assessment in Support of the Association Agreement Negotiations between the European Union and Mercosur. London School of Economics and Political Science 2020